

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

207 (13.9.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Anzeigen: Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Restanzeigen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton i. V. Franz Wahl; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.

Wohlfahrt der Abg. Schwall und die Affordarbeit.

Am einem Abgeordneten, der während der Beratung der Eisenbahnerpetitionen Mitglied der Budgetkommission war, wird uns folgendes geschrieben:
Es war früher in Baden nicht üblich, Vorgänge innerhalb der Landtagskommissionen und Meinungen einzelner Mitglieder, wenn sie nicht Gegenstand der Erörterung in den gedruckten Kommissionsberichten oder im Plenum waren, in öffentlichen Veranlassungen agitatorisch zu veröffentlichen. Diese Methode ist vielmehr „neubadischer“ Ursprungs, und wir erinnern uns noch lebhaft an den vor einiger Zeit von nationalliberaler Seite gegenüber dem Abg. Dr. Heimburger — übrigens zu Unrecht — erhobenen Vorwurf, er hätte in der Schwallkommission den Inhalt der Volkskullehrer wegen Einreißung in den Wahlkreis nicht mit der nötigen Energie und Ausdauer vertreten. Damals schrieb der „Volksfreund“ in einer Polemik gegen die Nationalliberalen dem Sinne nach: Wenn alle Vorgänge innerhalb der Kommission ans Tageslicht geragt werden würden, dann kämen die Nationalliberalen schlecht weg. Diese Kritik trifft auch auf andere Parteien zu, selbstverständlich auch auf die Sozialdemokratie. Sie hat aber den Abg. Schwall nicht geschmeit, die von der Presse seiner eigenen Partei als unangenehm bezeichnete Kampfmethode auf der Veranlassung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes in Offenbach, wie uns berichtet wurde, ebenfalls anzuwenden, und Vorgänge in der Budgetkommission, die weder in dem gedruckten Bericht, noch im Plenum zur Erörterung kamen, dazu noch unrichtig darzustellen und parteipolitisch auszuwählen. Neuerdings sucht er nun in einer von den beteiligten strotzenden Propaganda gegenüber dem Abg. Seubert und dem „Badischen Beobachter“ den Beweis zu erbringen, daß er weder in der Kommission noch im Plenum, noch sonst irgendwo für die Verbesserung der Affordarbeit zu haben war und daß er bis zum letzten Augenblicke alles aufgegeben habe, um die Affordarbeit zu befähigen.“ („Volksfreund“ Nr. 205 vom 8. September 1910) und „daß er in der Kommission gegen die Affordarbeit gesprochen und auch gestimmt habe.“ („Volksfreund“ Nr. 208 vom 7. September 1910). Entweder hat der Abg. Schwall ein schwaches Gedächtnis und weiß jetzt nicht mehr, welche Stellung er bei der Kommissionsberatung vor ca. drei Monaten in der Frage der Affordarbeit eingenommen hat, oder aber er setzt diese menschliche Schwäche bei den übrigen Mitgliedern der Kommission voraus und rechnet damit, daß ihm das Gegenteil seiner jetzigen Behauptungen nicht nachgewiesen werden kann, zumal in dem Denkschrift über den Verlauf der Verhandlungen und über die Stellung der einzelnen Parteien und Abgeordneten zu dieser Frage nichts erwähnt ist. Wir wollen deshalb seinem Gedächtnis nachhelfen und auf Grund unserer in der betreffenden Kommissionsberatung gemachten Aufzeichnungen den Gang der Verhandlung in aller Kürze skizzieren.
Die Kommissionsberatung, in welcher die Frage der Affordarbeit besprochen wurde, fand am 1. Juni statt und nahm die ganze, mehrere Stunden dauernde Sitzung in Karlsruhe. Der Berichterstatter gab zunächst eine kurze Darstellung über den Standpunkt der Regierung in der Frage der Abschaffung der Affordarbeit, legte das Ergebnis der Untersuchung der von der Regierung eingesetzten Stützkommission dar und erklärte, daß die

Regierung für die gänzliche Beseitigung des Affordsystems nicht zu haben sei, das aber eine wesentliche Einschränkung erfolgen solle, daß ferner die Regierung es für notwendig erachte, die Zahl der Aufsichtsbearbeiter wesentlich zu vermindern. Einen Antrag stellte er vorerst nicht. Die Diskussion wurde von dem Abg. Schwall eröffnet, der übrigens im Laufe der Beratung wiederholt das Wort ergriff. Er fuhr gleich zum Beginn seiner Ausführungen mit schwerem Geschütz auf und nannte das bisherige Affordsystem ein Schwindelssystem; die Tarife seien dreifach und denbar und die Arbeiter seien der Willkür der Werkmeister preisgegeben. Reparaturarbeiten seien im Afford überhaupt nicht auszuführen; die Arbeiter würden deshalb vielfach dazu übergehen, die zu reparierenden Gegenstände zu demolieren, um sie nicht im Afford inandringen zu müssen. Die Arbeiterbeschäftigung sei schon soweit herabgesunken, daß sie noch Aufschaffung der Affordarbeit die gleiche Menge Arbeit leisten würde wie früher usw. Gegen den Vorwurf des Schwindelsystems erhob der Herr Minister energischen Widerspruch. Der Herr Generaldirektor gab indessen im weiteren Verlaufe der Beratung zu, daß die Verwaltung nach den Feststellungen der Stützkommission bei dem früheren System sowohl von Wertmeistern als auch von Arbeitern teilweise hinfüßes Licht geführt worden sei. Nummer hätte sie ein neues System, das sog. Grundlohnaffordsystem, ausgearbeitet, welchem die früheren Mängel nicht mehr anhaften würden. Bei der Beratung des Entwurfs eines Nachtrages zur Werkstättenordnung mit dem vereinigten Arbeiterausschüssen hätte einer der Arbeiterführer, H. Kippman, selbst erklärt: „Wenn ich Primatärarbeiter wäre, würde ich mit zwei Händen zugreifen und das vorgeschlagene Affordsystem annehmen.“ Das Wesen des neuen Systems wurde also schon von dem Herrn Baurat Jutz eingehend erörtert, ohne daß allerdings bei der Komplexität des Verfahrens der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen System sofort klar geworden wäre. Im Laufe der Beratung wurde sodann noch von mehreren Kommissionsmitgliedern verschiedene Punkte der Frage anregt, ob es nicht angängig sei, das neue Affordsystem nur für Reparaturarbeiten, nicht aber auch für Reparaturarbeiten einzuführen, ein Voranschlag, der von der Regierung lebhaft bekämpft wurde, auch mit dem Hinweis darauf, daß die Abschaffung der Affordarbeit für Reparaturen rund 400.000 Mark kosten würde. Als dann schließlich gegen Ende der mehrstündigen Beratung von Seiten der Regierung an der Hand eines praktischen Beispiels das neue Grundlohnaffordsystem näher erläutert worden war, da wurde von keiner Seite mehr Widerspruch gegen die Ausführungen der Regierung erhoben, auch nicht von dem Abg. Schwall. Entweder ist es ihm ergangen, wie mehreren Mitgliedern der Arbeiterversammlungen, die bei der Beratung des Nachtragsentwurfs zur Werkstättenordnung im Juni 1909 rühmlich erklärten, sie kämen aus dem neuen System nicht heraus, oder er hat die Argumente der Regierung nicht widerlegen können. Nach unseren Notizen und innerer Erinnerung hat übrigens eine Abstimmung in der Kommission gar nicht stattgefunden, sondern die Kommission gab sich schließlich mit der Erklärung der Regierung zufrieden. Dies geht auch aus dem Kommissionsprotokoll hervor, welches auf Seite 3 des Berichtes eine Anzucht anspricht und folgendermaßen lautet: „Die neue Lohnordnung scheint eine zurecht befriedigende

Regelung darzustellen.“ Wäre eine Abstimmung vorgenommen worden, so hätte die Formulierung anders lauten müssen. Der unbefangene der betreffenden Kommissionsmitglied angewohnt hat, der müßte sich sagen, daß die Regierung ihre Position geschickt und mit großer Energie verteidigt und daß der Abg. Schwall eine klägliche Niederlage erlitten hat.
Wir zweifeln zwar keinen Augenblick daran, daß Herr Schwall die Wichtigkeit unserer Darstellung beizubringen und daß er nach wie vor behaupten wird, er hätte bis zum letzten Augenblicke alles aufgegeben, um die Affordarbeit zu befähigen.“ Gerade deshalb wollen wir noch einen weiteren Zeugen anführen, der vielleicht mehr Gnade in seinen Augen findet als wir, nämlich den Berichterstatter selbst, welcher in seinem mündlichen Vortrag in der 113. Sitzung vom 7. Juli bezüglich der Affordarbeit a. a. folgendes ausführte:
„Naturgemäß beschäftigt sich ein großer Teil der Petition mit der Lohnfrage, insbesondere mit den Lohnverhältnissen der Werkstättenarbeiter. Die alte Lohnordnung und ihre Praxis sind in ihrer Mangelhaftigkeit durch die Groß-Regierung erkannt worden, und man ist dazu gekommen, eine neue Werkstättenlohnordnung zu erlassen. In der Arbeiterzeitung war der Wunsch vorhanden, daß bei Gelegenheit der Neuordnung dieser Dinge dazu geschritten werden möge, das Affordlohnsystem völlig fallen zu lassen. Auch über diese Frage fand in der Kommission eine ausführliche Aussprache statt, und es war, nachdem man ausführlich diese Angelegenheit erörtert hatte, eigentlich auf seiner Seite mehr der Wunsch nach einer vollständigen Beseitigung der Affordlohnarbeit vorhanden. Man erklärte sich im Ganzen damit einverstanden, daß die Groß-Regierung die Beseitigung der Affordlohnarbeit auf die ganz besonders dazu geeigneten Arbeiter beschränkt, wie sie auch neuerdings gelungen ist, auf diesem Gebiete weiter vorzugehen. In dem gebrauchten und der Beilage ist auch ein Beispiel angeführt, in dem die Art und Weise der Berechnung der Stützkommission dargestellt ist. Daraus geht hervor, daß wenn die Praxis auf diesem Gebiete sich einige Zeit eingelebt hat, wohl beschlagene Verhältnisse entstehen werden, und die Kommission gelangte zu dem Ergebnis, daß ebenfalls in dem gedruckten Bericht enthalten ist.“
Also selbst der Berichterstatter erklärte in seinem mündlichen Vortrag, daß schließlich niemand mehr eine vollständige Beseitigung der Affordarbeit verlangt habe, demnach auch nicht der Abg. Schwall. Und nun vergleiche man mit diesen nicht negierenden Tatsachen die Behauptungen des Abg. Schwall und seine massiven Ankrempelungen, in denen er mit Ausdrücken wie Frechheit und Gemeinheit um sich wirft, in denen er es für eine elende Verleumdung erklärt, wenn der Abg. Seubert behauptet, er wisse nichts davon, daß der Abg. Schwall auch zum Schluß noch gegen den Standpunkt der Regierung gesprochen und gestimmt habe. Nichtig ist allerdings, daß er später im Plenum nochmals auf die Abschaffung der Affordarbeit zu sprechen kam, allein schon der Abg. Seubert hat ihm in öffentlicher Sitzung vorgehalten, daß er damit nur eine Agitationsrede habe halten wollen. Warum hat er sich nicht in der Kommission, wo erfahrungsgemäß die Entscheidung fällt, bemüht, die Ausführungen und die Erklärungen der Regierungsvertreter zu widerlegen? Warum hat er nicht im Plenum gegen die Behauptung des Berichterstatters, daß am Schluß der Kommissionsberatung niemand mehr die vollständige Beseitigung der Affordarbeit gewünscht habe, Front gemacht, da er o) nach dem Berichterstatter zum Worte kam? Die Antwort

glauben wir oben schon gegeben zu haben. Wir haben übrigens volles Verständnis dafür, daß es für den Abg. Schwall, den Mann der Praxis, den Sachmann, den ehemaligen Arbeiter, welcher unseres Wissens früher selbst Affordarbeit verrichtet hat, etwas peinlich gewesen sein mag, als er in der Kommission mit seinem Ratein zu Ende war, als er sich gegenüber den Argumenten der Regierung auszuweichen mußte.
Wenn schließlich der Abg. Schwall erklärt, den Sachverhalt gerichtlich feststellen zu lassen, so halten wir das für eine leere Drohung, die wahrscheinlich nie ausgeführt werden wird, es sei denn, daß er Wert darauf legt auch vom Gericht bekräftigt zu bekommen, daß seine Behauptungen — gelinde gesagt — der Wahrheit nicht entsprechen.

Der 7. Allgemeine österreichische Katholikentag.

Am 9. September wurde in Innsbruck der 7. Allgemeine österreichische Katholikentag eröffnet. Der nach unserem deutschen Muster organisierte, freilich noch sehr jungen Tagung unserer Glaubensgenossen in der Domannomarchie, fand unter erfreulich zahlreicher Beteiligung statt. Die Ausstellungshalle der Stadt diente als Tagungsraum und war kunstvoll in ein Bild Kleinstadt verwandelt. Die tirolische Landschaft ist mit Gemälden und Dekorationen lachend, erhaben wirkend, dargestellt. Gotthard und Almen, Wildbäche und Bergbrunnlein, von der Alpenflora umstanden, sind dargestellt und empfangen den Tiroler und Oesterreicher mit dem angeheimelnden Gruß der herrlichen Natur seines alten Kronlandes.
Im großen Stadthaus fand am 10. September die Eröffnungsfestfeier statt, wobei der Präsident des Lokalkomitees, Baron Nicolson, mit dem katholischen Gruß die Versammlung begrüßte und die Mitteilung machte, daß auch Se. Eminenz der Fürstbischof von Salzburg, Kardinal Ratzinger trotz seines hohen Alters am folgenden Tage antommen werde. Fürsten, Prinzen und Hoheiten, die ganze Hierarchy, alles bis zum jungen Arbeiter, ist vertreten. Nicht zum erstenmal beherbergt Innsbruck einen Katholikentag, hier tagte 1867 der letzte deutsche Katholikentag auf österreichischem Boden. Erst 1877 kam der erste nationale Katholikentag in Wien zustande; erst 12 Jahre später die folgenden in kleineren Abständen bis zum letzten 1907 in Wien. Freilich ist, daß alle Nationen des großen Reiches vertreten sind. Zum Präsidenten wurde Hubertus Graf Galen-Salzburg, zu Vizepräsidenten und Schriftführern andere bekannte Herren aller Sprachgebiete gewählt. Mit dem Ruf nach Einheit eröffnet der Präsident Galen die Tagung und besprach den Zweck der Katholikentage und die Aufgaben der derzeitigen Tagung das Erbe des heiligen Glaubens zu wahren, die wankenden und irrenden Brüder zu stärken, in „unser Grenzland dem Kreuz des Erlösers gegenüber“; Mittel und Wege dazu soll und wird der Katholikentag finden. Kampfsprüche erheben die österreichischen Katholiken nicht, aber sie wollen sich absolut nicht mehr gefallen lassen, daß man sich in ihre inneren Verhältnisse einmischt. Die Zeit der frechen jüdischen Pressekritik von den Maßnahmen der Bischöfe und Päpste ist vorbei. Der Katholikentag muß nach den weiteren Worten des Präsidenten zur Unterrichtung und Aufklärung dienen, weil in weiten

Theater und Kunst.

Großes Hoftheater. Sonntag abend wurde mit „Der Oberon“ die neue Saison eröffnet. Wir unterlassen es absichtlich, aus leicht erkennbaren Motiven, irgend welche besondere Gekühnheiten zu der begonnenen Kampagne auszusprechen und wünschen nur im Interesse der Direktion und ihrer Künstler, sowie der Theaterbesucher, daß sie ersterer weniger Mühen und Sorgen wie die vorgegangen, dem Publikum aber keine Enttäuschungen bringen möge, hauptsächlich aber, daß sie die „schönen“ Reiben unserer Lande vor gewissen „Erkältungen“ bewahre und diese Sängern nicht noch mehr wie früher vom Gastspielverbot befallen werden!
Die Aufführung des „Oberon“ ging in der Gesamtwertung glatt darüber, über das Wert haben wir uns in der vergangenen Saison wiederholt geäußert. Planches, des librettistischen Textbuch ist unendlich schön ist, daß selbst dieser englische Dichter dessen Lebensfähigkeit nicht ganz erlöten konnte. Aber der Dialog und der ganze textliche Zusammenhang banden dem Aufführung des großen Sängerwebers die Flügel durch die Fadedheit und die Komplexität ihrer Grundlage, und es ist gerade von diesem Gesichtspunkte aus zu bewundern, wie der Komponist den Geist des Wielandschen Epos in sich aufgenommen und ihn dem bürren Skelett des englischen Textbuches eingehaucht hat. Findet man doch in dieser Musik so viel melodischen Reichtum, so viel Kraft des Ausdrucks und jugendliche Frische der Erfindung, so viel Kraft des Ausdrucks und Partikularität, schwebt doch über diesem „Oberon“ ein

eigentümlicher, beruhigender, doch nicht entzerrter Duft und man fühlt das Wehen jener schönen in unseren Träumen lebenden idealen Welt, welche des Menschen Phantasie mit zarten, anmutigen Wehen höherer Gattung befüllt hat, so daß man sich in „das alte romantische Land“ der schönsten Märchenpoesie verlegt fühlt. Wenn nun diese Oper bei aller Schönheit doch nicht unmittelbar wirkt und zündet, so liegt dies größtenteils an dem mangelhaften textlichen Aufbau, dem breiigepompösen Dialoge, der den mitwirkenden Schauspielern den Vortritt gibt, und an dem Mangel einer richtigen dramatischen Verarbeitung der dem großen Publikum kaum verständlichen Handlung. An die Stelle des inneren Zusammenhanges, jener echten und wahren musikalischen Logik, die allein in der thematischen Entwicklung liegt, tritt hier zu sehr das lockere Band der bloßen Gedankensassoziation, die meisten Gesangsmelodien werden ihrem ureigenen Element entrückt und dadurch ihres Reizes verlustig.
Ein Hauptverdienst im „Oberon“ ist aber auch der gebundene Gesang, den die Sängern und Sänger beherrschten müssen, und damit hoperte es bei unserem Heldentenor Herrn Tangler, der den „Höru“ gab, bedeutend. In seiner kraftvollen Stimme scheint diese Partie nicht zu liegen, unrichtige Atemführung machte sich geltend, die kolorierten Stellen waren unklar und verstanden, kein Gesang ungleichmäßig. Diese Mängel treten besonders in seiner ersten Bravour-Arie hervor. Der sonst so tüchtige Sänger scheint noch unserem Ermessen diese Partie nicht genügend in sich aufgenommen zu haben und wird sich wohl auch mit dem gebundenen Gesange noch recht eingehend beschäftigen müssen. Im Gegensatz zu ihm war die „Rezia“ der Frau Bauer-Roblar ausgezeichnet,

ihre schöne, klangvolle, weiche Stimme, die sichere Schule eines tadellosen, ausdrucksreichen Vortrages und sein kolorierten Gesanges, sowie die Macht eines lebendigen, leidenschaftlichen Spieles erwarben ihr den Beifall der gesamten Zuhörerschaft. Frisch und gut bei Stimme waren der „Oberon“ der Frau von Westhofen, die „Lutime“ der Frau R. Barmerberger und der muntere Knappe Scheramin des Herrn Wuffard. Auch die mitwirkenden Künstler des Schauspielers erwarben sich Beifall. Die dekorative Ausstattung des „Oberon“ ist in der Tat feenhaft und dürfte kaum noch von einer anderen Bühne im Range der unsrigen übertroffen werden. Auch gingen die Maschinerien tadellos, Chor und Ballet, besonders aber das Orchester, leisteten Gutes. Letzteres, über welches Herr Hofkapellmeister Reichwein das Jopeter schwang, war vorzüglich, es entfaltete Tonklang und Kraft und respektierte mit großer Feinfühligkeit die zahlreichen rhythmischen und dynamischen Schönheiten der Partitur. Das Haus war gut besetzt.

Kirchliche Nachrichten.

Moosbrom. Mit den großen Wallfahrtsfesten Maria Geburt und Maria Namen nahmen die Pilgerzüge nach Moosbrom für dieses Jahr ein Ende. Der Zubrang und der Besuch namentlich an Maria Namen war ein enormer. hatten sich doch an den beiden Tagen über 9000 Wallfahrer eingefunden und wurden weit über 1000 Kommunionen erteilt. Ein solcher Besuch und solcher zahlreicher Sakramenteneempfang ist seit 20 und noch mehr Jahren nicht zu vergleichen. Wenn man bedenkt, daß Moosbrom von allen Seiten schwer zu erreichen, daß der Aufstieg ein schwieriger ist, muß man sagen, daß das katholische Volk noch fähig ist, große Opfer zu bringen und des-

halb das katholische Leben nicht im Abnehmen, sondern im Wachstum begriffen ist. Großen Anklang findet das nunmehr erschienene Maria-Hilf-Büchlein von Moosbrom, das in seinem ersten Teil die Geschichte der Wallfahrt und Wallfahrtskirche enthält, in seinem zweiten ein Gebetbüchlein zu Ehren von Maria Hilf.
*
Der Eucharistische Kongress in Montreal fand vorgestern einen wirkungsvollen Abschluß durch eine Prozession von Notre Dame nach Fletcher Field, an der Kardinal Rannetti, 150 Bischöfe, mehrere tausend Priester und Ordensmitglieder, sowie 25000 Laien als Retreter kirchlicher Vereine Kanadas und der Vereinigten Staaten teilnahmen. Der Zug, in dem sich auch der Premierminister Saurier befand, bewegte sich unter Glockengeläute durch die reichgeschmückte Stadt, in der zahlreiche Fahnen in den päpstlichen, britischen und französischen Farben wehten. In Fletcher Field wurde ein Gottesdienst abgehalten.

Literarisches.

Kalender des Badischen Bauern-Vereins für das Jahr 1911. Preis für Vereinsmitglieder 25 Pf., für Nichtmitglieder 35 Pf. In beziehen durch den Preisverein Freiburg i. Br. G. m. b. H.
In ganz Baden dürfte kaum ein so reichhaltig und gleichzeitig billiger Kalender zu haben sein, wie der diesjährige Bauern-Vereins-Kalender. Nur 25 Pf. für seine Mitglieder (und 35 Pf. für Nichtmitglieder) und dabei 128 Seiten Umfang, versehen mit sponnenenden Erzählungen, reizenden Bildern und belehrenden Aufsätzen: alles Vorzüge, die jedem Landwirt die Anschaffung des vorzüglichen Kalenders bequem ermöglichen. Außerdem sind wieder, wie im Vorjahre, zwei Bilderpreisrätsel enthalten, auf deren richtige Lösung 20 Preise ausgesetzt sind. Als beliebter Gespieler und Berater wird der Bauern-Vereins-Kalender in immer stärkerem Maße zum unentbehrlichen Freund in jeder Familie auf dem Lande werden.

Freien noch eine Unwissenheit über die einfachsten Glaubenswahrheiten herrscht. Später begrüßte der Fürstbischof von Trient als Bischof die Versammlung, ferner der Landeshauptmann von Tirol, Dr. Rahrlein. Vom Bürgermeister der Stadt Wien traf folgendes Telegramm ein:

„Den im historischen Lande der Treue versammelten österreichischen Katholiken sende ich die herzlichsten Grüße, die himmelstrebenden Berge Tirols mögen Zeugen sein für die Betätigung ihrer Ideale, die niemals veralten, weil sie in der Liebe wurzeln zu Gott, Kaiser und Vaterland. Dr. Josef Neumayer.“

Namens der deutschen Katholiken ergreift Graf Oppersdorff-Oberglöckau das Wort, der die herzlichsten Grüße überbringt. Namens der Polen richtet Erzbischof Dr. Teodorowicz herzliche Worte an die Anwesenden, namens der Tschechen Universitätsprofessor Dr. Korbac, namens der Italiener Abg. Faldutti und namens der Slowenen Abg. Fodja.

Der Katholikentag hat Telegramme gerichtet: An den Hl. Vater: „Der VII. Allgemeine österreichische Katholikentag in Innsbruck entbietet ehrfurchtsvoll dem Heiligen Vater Pius X. dem Stellvertreter Christi und dem Nachfolger Petri, inmitten der Stürme unserer Tage die Gefühle der höchsten Ehrfurcht und des tiefsten, unerschütterlichen Gehorsams und erbitet inständig für den glücklichen Erfolg des Kongresses zum Wohle der Kirche und des Vaterlandes den apostolischen Segen.“

An den Kaiser Franz Josef: „Der VII. Allgemeine österreichische Katholikentag in Innsbruck legt im Namen der Tausende von Teilnehmern aus allen Nationen und Ständen Eurer Majestät die ehrfurchtsvollste Huldigung zu Füßen und betet zum Allmächtigen, daß er unsrer väterlichen Jubeltäfel noch mit einer langen segensreichen Regierung begnadet möge.“

An den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand: „Der VII. Allgemeine österreichische Katholikentag in Innsbruck erlaubt sich als Repräsentant des katholischen Österreichs Eure kaiserliche Hoheit auf das ehrfurchtsvollste zu begrüßen und der Versicherung festestester Treue zum angestammten Herrscherhause Ausdruck zu geben.“

Der Blutaufbruch der Offenbacher Genossen.

Die Offenbacher „Genossen“ waren mit den unerhörten Beschimpfungen, die ihre Blätter gegen den russischen Kaiser anstießen, noch nicht zufrieden und wünschten an dem Fürsten, der beim Großherzog von Hessen zu Gast war, ihr Mitleiden noch besonders dadurch zu fühlen, daß sie in „öffentlicher Protestversammlung“ den traurigen Zustand ihrer politischen Manieren offenbaren wollten. Die „Einladung“ zu dieser Versammlung bietet ein unvergängliches Dokument des Verfalls der Sozialdemokratie zur kulturellen Gebung der Masse. Es heißt darin:

„Der russische Zar, der Vertreter des russischen Senkrechtens, hat es gewagt, heftigen Boden zu betreten. Dieser Menschenhändler im Purpurmantel kommt zu uns, belästigt mit der Blutschuld seiner Schergen, verolft mit den Füchsen und dem Satz der Wölfe, die unter seiner Herrschaft stöhnen.“

Eine tollere Aufreizung der Masse — schreibt der „Schwab. Merkur“, in badischen Großstädtern man darüber natürlich nichts — ist wohl noch nicht dagewesen. Wenn dieser blutrünstige Witz in irgend einem, durch die sozialdemokratische Erziehung degenerierten Hirn den Wunsch zur Tat auslöst, so wäre das wahrlich kein Wunder. Die Sozialdemokratie würde dann freilich die sauberen Hände in Unschuld waschen. Jedenfalls verfuhr das Offenbacher Kreisamt nach dem Sinn des Befehles, wenn es diese Versammlung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verbot. Die Sozialdemokratie soll wissen, daß, wer den deutschen Boden betritt, auch darauf rechnen darf, daß ihm gegenüber auch das ungeheuerliche Gesetz deutscher Zivilisation beobachtet werden soll. Und es wird niemanden sonderlich aufregen, daß der „Vorwärts“ den Offenbacher Vorgang in einem zwei Spalten langen Artikel unter der Überschrift „Die russische Kröte über Deutschland“ zu einigen Tobsuchtsausbrüchen benutzt.

„Innere badische Leier dürfte vor allem interessieren, was die „Offenbacher Volkszeitung“ zu dem Blutaufbruch der Genossen schreibt, weil daraus hervorgeht, daß in Hessen diese Entwicklung der Dinge auch nicht von ohngefähr kam, sondern ähnliche Wege ging, wie sie jetzt bei uns in Baden gegangen werden. Das Offenbacher Zentrumsblatt schreibt in seiner Nr. 211 vom 12. September:

„Es gab eine Zeit, in der die heftigsten Sozialdemokraten hoffähig wurden. Es war schon früher, als sie unter Dr. Davids allgatter Führung revisionistisch wurden. Auch die Arbeiter und Arbeitervereine haben es nicht verstanden können. Zwar die gewöhnlichen Herdenmenten der Genossenschaft redeten noch von der nahen Zeit des Kladderadatsch, in welcher, der letzte Schritt am letzten Pfaffenstamm baumeln“ sollte, aber die obersten Sechse fühlten sich in Darmstadt bereits auf dem Parkettboden heimlich in Gesellschaft von Grad und Lackstiefeln. Das war damals, als Scheime Räte sich der stillen Hoffnung hingaben, die Sozialdemokratie würde sich übermorgen zu einer demokratischen Regierungspartei durchsetzen, wie es jetzt noch der badische Minister von Bodman in kindlicher Unbefangenheit glauben will. Die Ahnungslosen! Das war eine schöne Zeit für unsere Offenbacher Genossen. Staatliche und besonders städtische Beamten antikambrierten geduldig bei Ulrich. Gnädig ließ sich dieser sogar herab, dem Großherzog seine „schwierige Arbeiterhand“ zu reichen, während er den Schlapphut als einzigen Rest seiner republikanischen Sentimentalität an den hintersten Nagel der Garderobe aufhing. Der berühmte Reichstagskämpfer aber war der Maritimenanstellung der roten Partei als Beweis des Majoritätsprinzips unverleibt worden. Und das „Offenb. Abendblatt“ war Regierungsorgan honoris causa geworden, trotz „Darmstädter Zeitung“. Allabendlich vertiefte sich ein großer Teil der städtischen und staatlichen Beamtenschaft in seine Lektüre, furchsam zitternd, wenn ihnen die rote Redaktion ihr allerhöchstes Wissen kund gab, fröhlich schmunzelnd, wenn sie dort ein gnädiges Wort der Anerkennung fanden. Und wie mancher hat sich emsig und redlich bemüht und bestrebt, ein Wort der Zufriedenheit von dieser Seite zu erhaschen. Kommunalpolitik und Staatsdiplomatie wurden nach den sozialistischen Rechten zugeschnitten, wie es der geschickteste

Schätzmacher nicht besser verstanden hätte. Die Schulverhältnisse schienen geradezu, wie vor erst fünf Jahren, in der Großen Marktstraße bezw. Herrstraße inspiriert zu werden. Das war damals, als die Sozialdemokratie froh war, wenigstens Wahlmänner zu finden, die ihren Namen richtig schreiben konnten. Und während man ruhige, solide Bürger die ganze Kaste einer schreibseligen Bürokratie fühlen lassen zu müssen glaubte, wurden die Vertreter eines blutrünstigen Proletariats mit demütigen Blicklingen empfangen. Und wie in Offenbach so allwege im Hessenland. Die sprichwörtliche Blindheit schien Tatsache geworden zu sein. Staatsbeamte und ähnliche Stützen des Vaterlandes unterschrieben Wahlaufträge zu Gunsten der Sozialdemokratie. Mediatheke Häuser leisteten indirekte Wahlfürsorge gegen „Mitter und Leiste“. Da, welche Lust, ein Großherzoglich Hessischer Sozialdemokrat in Offenbach zu sein!

Das war die Ausaat, jetzt kommt die Ernte. Kreisrat Haas hatte wohl noch geglaubt, eine „wenig Sozialdemokratie“ könne nicht viel schaden und verderben. Damals wurde der kleine Finger gerichtet, jetzt haben sie die ganze Hand, ja noch mehr als das. Das Bürgertum ist weithin interesselos geworden. Wenn die Regierung sich selbst aufgibt, so urteilen viele Kreise, dann will sie gar nicht geholfen haben. Wir aber glauben, daß es trotz alledem noch nicht zu spät geworden ist. Der Blutaufbruch zur Versammlung in Langen mag den Hochmögenden in Darmstadt und Offenbach endlich, endlich die Augen geöffnet haben, daß sie den Abgrund sehen, nach dem bisher die Fahrt ging. Wir geben gern zu, daß in Hessenland schlimme Zustände herrschen. Autokratie und Revolution kämpfen dort offen und gehen einen blutigen Kampf um Sein und Nichtsein. Aber der Zug ist sicher nicht der Blutmenschen, wie ihn die deutschen Sozialdemokraten beschreiben. Er kann die Regierungsform seines Reiches auch nicht allein ändern. Er ist die Personifikation der Regierung, aber andere sind es, die sie tatsächlich als Minister üben. Persönlich ihn haßbar machen zu wollen für etwaige Sünden in Hessenland geht nicht an. Monatslang lebte er zurückgezogen in Livadia und an der Ostsee, immer in Furcht vor nihilistischen Attentaten, denen schon viele Glieder seines Hauses zum Opfer gefallen sind, und die in den Kolonnen der deutschen Sozialdemokraten als Ruhmestaten gleichgeachteter Genossen gerühmt werden. Jetzt hat der Zar seine schwerkranken Gemahlin, eine edle Prinzessin aus unserer heftigen Fürstenhaus, nach Friedberg geführt, um ihr an den Heilquellen Bad-Nauheim zur Genesung zu verhelfen. Wer ein fähiges Herz hat für Schmerz und Gram, die auch vor Fürstenthronen nicht halt machen, wird der edlen Frau seine Teilnahme nicht verlagern. Derselbe Großherzog, der einst Karl Ulrich Sand drückte, unserer Auffassung nach von seinen Vorfahren überliefert, unser Großherzog hat das Kaiserpaar gaffelfreudig in seiner Burg aufgenommen, überzeugt, daß das gelamte Hessenland Verständnis genug besitzt, der gebeten Familie eine Treue zu leisten, einen heiligen Gottesfrieden zu bieten. Aber man hat die Rechnung ohne die selber so sehr gebärdete Meute der in Hessen „hoffähigen“ Sozialdemokraten gemacht. Wer das blutrünstige Plakat gelesen hat, das zur Protestversammlung nach Langen rief und heute noch die Offenbacher Plakatsäulen und die Schmentoren in den Landorten schändet, muß sich entsetzen über das alles überbietende Maß von Gefühlshebeln und menschenwürdiger Blutgier, die aus dessen Zeilen spricht. Wir geben allen Regierungsstellen in Hessen, insbesondere aber in Offenbach, den wohlgemeinten Rat, den blutrünstigen Witz über ihren grünen Tischen für lange Jahre aufhängen zu lassen. Er ist ein überaus lehrreicher sozialdemokratischer Fahrplan für unsere Staatspolitiker, der die Endstation deutlich angibt. Und dann mögen unsere großen und kleinen Diplomaten zusehen, ob sie weiter noch Fahrkarten nach diesem Ziel ausstellen wollen, wie sie es jetzt so gern tun.

Nach ist's Zeit zur Rückkehr, aber die höchste Zeit. Wenn sich jetzt nicht jedermann aufrafft, der Liebe zum angestammten Herrscherhause beistehet, gegen das ein blutiges Revolutionsgeschrei der roten Internationalen ganz Deutschland entsetzt, dann ist ein letzter Warnungsruf angebracht verlungen.“

Kommen bei diesen Dingen unseren national-liberalen Vaterlandspatrioten gar keine Gedanken? Will Herr Neumann nicht seine nationale Erziehungsarbeit an den Offenbacher Genossen erproben? Was sagt Minister von Bodman zu diesen Früchten der „großartigen Bewegung“? Wurde nicht auch in Hessen die Einschläferungsschammei des Revisionismus geblasen wie bei uns? Und doch ein solcher Blutaufbruch! Was in Hessen möglich war, kann das nicht auch einmal in Baden kommen? Und dann wollen wir Herren, die heute die Sozialdemokratie groß ziehen, nicht schuld daran sein.“

Deutschland.

Berlin, 13. September 1910.

Des Kaisers Reise nach Oesterreich. Für den Aufenthalt des deutschen Kaisers in Wien wird folgendes offizielle Programm verlautbart: Die Anfuhr erfolgt am 20. September, halb 9 Uhr vormittags, auf dem Bahnhof in Heldenberg. Auf dem Bahnhof werden zum Empfang der Kaiser und die Erzherzöge mit einfacher Begleitung erscheinen. Die Majestäten fahren dann nach Schönbrunn. Auf der Gartenleite des Schlosses findet ein offizieller Empfang durch die Spitzen der Behörden statt. Hierauf wird der Kaiser die Erzherzoginnen und die Herzogin von Hohenberg begrüßen und dann die Militär- und obersten Hofchargen empfangen. Um halb 1 Uhr mittags findet Dejeuner statt. Nachmittags wird der Kaiser Besuche bei den höchsten Herrschaften abstaten. Um halb 7 Uhr ist Kammerdiner in Schönbrunn, um 10 Uhr abends veranfaßt Erzherzog Franz Ferdinand in Belvedere eine Soiree, der Kaiser Wilhelm beizuwohnen wird. Am Mittwoch, den 21. d. M., vormittags, beistehet Kaiser Wilhelm im Rathaus das Bild des Professors Reich, die Huldigung der deutschen Fürsten darstellend. Um 1 Uhr nachmittags ist Dejeuner beim Hofkaplan von Tschirsky, um 3 Uhr nachmittags Besuch der Jagdausstellung und um 7 Uhr abends

ist Hofjäger in Schönbrunn. Um 9.20 Uhr fährt der Kaiser vom Bahnhof Verjüng ab.

Diplomatenwechsel. Der Reichsanzeiger meldet: Der bisherige Wirkliche Legationsrat und Vortragender Rat im Auswärtigen Amt von Edert wurde zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Republik Chile ernannt.

Die Kaiserinmutter. Der Kaiser hat an den kommandierenden General des 17. Armeekorps von Mackensen eine allerhöchste Kabinettsordre gerichtet, in der er den General erucht, die Generale, Kommandeure und Offiziere für die glänzende Ausbildung der ihnen unterstellten Truppen des Kaiserlichen Dankes zu versichern und die Mannschaften für ihre gute Leistungen zu belohnen.

Nachmal die Reden des Prinzen Ludwig von Bayern. Es ist drollig, welche Purzelbäume liberale Blätter schlagen, weil Prinz Ludwig, wie wir bereits mitteilten, zwei Reden gehalten und diese, wie sich jetzt herausstellt, zusammengefaßt worden sind. Die „Bad. Landeszeitung“ schreibt: „Der von der Zentrumspresse ursprünglich verbreitete Text der Vorkennntnisrede ist nämlich die Zusammenziehung zweier Ansprachen, die Prinz Ludwig gelegentlich der Grundsteinlegung der St. Anna-Kirche gehalten hat, und die für die Andersgläubigen verlesenen Ausdrücke sind erst von der schwarzen Presse in den zurechtgefügten Text hineingepfropft worden.“

Die liberale Kollegien glaubt hier wieder der verhassten „schwarzen Presse“ eines anhängen zu können, merkt aber nicht, wie einseitig ihre ganze Beweisführung ist. Ob Prinz Ludwig tatsächlich eine oder zwei Reden gehalten, in welcher Reihenfolge über die Reden berichtet wird, das ist für jeden Menschen mit normalem Denkfähigkeit gleichgültig. Nun sollen „die für die Andersgläubigen verlesenen Ausdrücke“, „erst von der schwarzen Presse in den zurechtgefügten Text hineingepfropft“ worden sein. Welchen Beweis hat die „Bad. Landeszeitung“ dafür? Weiß sie gar nicht, wie es bei solchen Gelegenheiten geht? Einer, der die eine Rede gehört, macht der Presse über einige Gedanken aus der Rede Mitteilung. Ein anderer tut dasselbe über die Rede, die er gehört. Ort, Zeit und Umstände sind Nebenfragen, auf den Inhalt der Worte kommt es an! Wenn nun da der Redakteur in der Meinung, es handle sich um eine und dieselbe Rede, die Sache im Zusammenhang bringt, so ist das sicher nichts Unredliches. Nachdem nun die Rede in der Fassung, wie sie der „Augsburger Postzeitung“ mitgeteilt wurde, bekannt ist, schreibt die „Badische Landeszeitung“:

„Nach bei der schärfsten Prüfung ist in diesen Worten nichts zu entdecken, was einen Andersgläubigen verlesen könnte. Nach der Wiederholte, die die Rede in der Zentrumspresse gefunden hatte, sollte Prinz Ludwig gesagt haben: „Ich bin stets für unsere katholische Religion eingetreten, weil ich überzeugt bin, daß sie die einzig wahre und echte Religion ist“, während er nach dem jetzt als authentisch bezeichneten Text nur davon gesprochen hätte, daß er von der Wahrheit und Echtheit der katholischen Religion überzeugt sei. Das ist ein Befehnis, das bei einem fröhlich gläubigen Menschen etwas ganz selbstverständliches ist und keinerlei Widerspruch finden wird.“

Dann würde es sich lediglich noch darum handeln, daß in dem zuerst mitgeteilten Text in dem Satz von der Wahrheit und Echtheit der katholischen Religion das Wort „einzig“ eingefügt war. Ob es Prinz Ludwig gesprochen oder nicht gesprochen, mer will das nachprüfen, wenn kein Stenogramm von dieser Rede vorliegt? Aber welcher Unterschied ist zwischen der „wahren und echten Religion“ — das ist doch der Sinn der Worte des Prinzen, er sei überzeugt von der Wahrheit und Echtheit der katholischen Religion — und der „einzig wahren und echten Religion“? Neben der wahren und echten Religion gibt es nach kath. dogmatischer Auffassung keine andere, die als wahr und echt zu bezeichnen wäre, so wenig es neben einer Wahrheit noch eine andere Wahrheit gibt. Der gläubige Protestant nimmt für seine Religion dasselbe absolute Vorrecht in Anspruch. Das liegt nun eben einmal in dem natürlichen Begriff der Wahrheit, daß sie ausschließlich und souverän sein muß, weil etwas nicht wahr und falsch zugleich sein kann; was aber von einer Tatsache, die als wahr erkannt ist, abweicht, muß notwendig falsch sein. Es kommt deshalb auf das Wort „einzig“ in der Rede des Prinzen Ludwig absolut gar nicht an. Der Sinn bleibt derselbe, ob es dabei steht oder nicht. Bei der neueren Version ist statt der Eigenschaftsworte „wahr“ und „echt“ die substantivische Wendung „Wahrheit“ und „Echtheit“ gebraucht, wobei das Wort „einzig“ nach dem deutschen Sprachgebrauch nicht annehmbar ist. Da es sich bei beiden Darstellungen offenbar um Feststellungen des Gedächtnisses handelt, bleibt es immerhin dahingestellt, welche Form Prinz Ludwig gewöhnt hat; inhaltlich bleiben sich beide Versionen vollständig gleich. Wenn daher die liberale Presse von „Lüge“ und „Verdrehung“ der Zentrumspresse schreibt, so ist eben das, was sie tut, eine Lüge und Verdrehung der einfachsten logischen Tatsachen, mit der sie ihre blamable Mühsamkeit bedekt.

Nichttritt des sächsischen Finanzministers? Finanzminister Dr. von Müller soll die bestimmte Absicht haben, am 1. Dezember in den Ruhestand zu treten. Der Minister zählt 75 Jahre. Herr v. Müller ist der sparfamste Minister, den Sachsen in den letzten Jahrzehnten hatte. Es kam bei seiner Pension gegen den linken Flügel der Zweiten Kammer häufig zu den heftigsten Zusammenstößen, und man wird sich erinnern, daß noch im letzten Landtag selbst die Nationalliberalen den Ton des Ministers gegen sie nachdrücklich zurückweisen mußten. Um die Gründung des sächsischen Finanzwesens hat sich Herr von Müller unlegbare Verdienste erworben. Er hat eine vielgestaltige Laufbahn hinter sich. Er war Bürgermeister in Dresden, dann Beamter im Justizministerium, Generalkassamann, sächsischer Bundesbevollmächtigter, als solcher ergriff er häufig das Wort im Reichstage. Nach Schurigs Tod war er sächsischer Justizminister und leitete seit dem von den Konserwativen herbeigeführten Sturz des Herrn von Bagdof die sächsischen Finanzen. Der Nachfolger ist noch unbekannt. Es wird der jetzige Kultusminister Dr. Beck genannt.

Der Brief an Herrn Prof. Dr. Spahn ist bekanntlich zuerst in der liberalen „Augsb. Abendzeitung“ veröffentlicht worden. Das liberale Blatt fügt dieser Veröffentlichung die Mitteilung zu, es sei auf durchaus unangenehme Weise in den Besitz des Briefes gelangt. Jetzt erhält die „Augsb. Postzeitung“ (Nr. 200 vom 7. Sept. 1910) eine Zuschrift vom Abg. Professor Spahn, daß er weder der „Tagl.

Mundschau“ noch einer sonstigen liberalen Zeitung den Wortlaut des an ihn gerichteten Briefes mitteilen habe. Aus eigenem fügt das bayerische Zentrumsblatt dieser Erklärung hinzu: „Wir nehmen von dieser Mitteilung gerne Kenntnis. Sonach muß der Annahme Raum gegeben werden, daß einer von den 14 Abgeordneten, die die Sache so diskret behandeln wollten, den Wortlaut der geehrlichen Briefmitteilung hat.“ Diese Annahme ist vollkommen zutreffend. Herr Reichsgraf v. Oppersdorf teilt mit, daß der Brief in der „Augsb. Abendzeitung“ einer Zeit schon publiziert wurde, wo noch kein einziger der 14 Unterzeichner des Briefes eine Abschrift gesehen ist, und daß er selbst der Veröffentlichung des Briefes fern stehe. Von den Unterzeichnern des Briefes ist weder von dem gesamten Wortlaut noch von dem Wortlaut des Briefes der Mitteilung gemacht worden. Ein alter hervorragender Abgeordneter, der dem Fraktionsvorstand angehört, hat den Brief veröffentlicht lassen, aber das liberale Augsburger Blatt konnte schon am Tage zuvor denselben publizieren. Alle Unterzeichner des Briefes lehnen es ab, hiermit in Verbindung gebracht zu werden. Es bleibt darum zum mindesten sehr rätselhaft, wie die liberale „Augsb. Abendzeitung“ in den Besitz des Briefes gekommen ist.

Ein internationaler Streit der Seeleute und Seizer? Der Ende des vorigen Monats in Kopenhagen abgehaltene internationale Transportkongress ist wenig beachtet worden. Der Kongress dient aber auch den beteiligten Kreisen der See. Reeder sehr wohl beachtet zu werden wegen der Beratungen und Beschlüsse über eine allgemeine Arbeitszeiteinstellung der Seeleute und Seizer. Vertreten auf der Tagung waren 40 Organisationen mit über 600 Mitgliedern in Deutschland, England, Frankreich, Skandinavien, Finnland, Holland, Belgien, Italien, Spanien, Schweiz und Amerika. Ueber die Frage der Zweckmäßigkeit einer allgemeinen Arbeitszeiteinstellung waren die Ansichten geteilt. Von den deutschen Delegierten, unterstützt von den österreichischen und italienischen, wurde der Streit bekämpft. Da aber die englischen und amerikanischen Delegierten unbedingt dafür eintraten und damit drohten, daß die Seeleute und Seizer sich aus dem Transportarbeiterverein aussondern und einen eigenen Verein gründen würden, fand eine einstimmige Entscheidung über den Streit statt, nachdem die Kommission die Beschlüsse vorbereitet hatte. Es sollte vier Repräsentanten der Seeleute gewählt werden, je einer für Deutschland, England, Amerika und Skandinavien, welche dem internationalen Zentralrat des Transportarbeiterverbandes beitreten. Gemeinsamlich mit diesem Zentralrat sollen die Delegierten der Seeleute einen Plan ausarbeiten, wie die Verhältnisse der Seeleute am besten und schnellsten verbessert werden können. Die vereinbarten Forderungen sollen in allen Ländern den Reedern vorgelegt werden. Beigern sich diese darauf einzugehen, so soll der Streit erklärt werden, dessen Anfang die Kommission in Verbindung mit dem Zentralrat bestimmen, aber bis zum Tage des Ausbruchs geheimhalten will.

Die Kammer wird der neue Gouverneur für gleich nach seiner Anfuhr mit einer unerquidlichen Angelegenheit zu beschäftigen haben. Wie die „Augsb. Nachrichten“ mitteilen, ist von den Quala eine Eingabe nach Berlin gesandt worden, in der Anfragen gegen einige Beamte, in erster Reihe gegen zwei Assessoren, erhoben werden. Wie weit die Kammer berechtigt ist, wird die Untersuchung ergeben.

Landeshauptmann von Francois über Verwaltung Dernburgs. Ein wenig günstiger Urteil über die Tätigkeit des früheren Kolonialstaatssekretärs Dernburg hat der ehemalige Landeshauptmann Curt von Francois in einem Aufsatz „Was erwarten wir von neuen Kurs?“ gefällt, den er im Septemberheft der „Zeitschrift für die deutschen Kolonien“ veröffentlicht hat. Vor allem macht von Francois dem früheren Kolonialstaatssekretär zum Vorwurf, daß dieser in der eigentlichen Verwaltung unserer Kolonien und ganz besonders Südwestafrikas beständig nur die Verwaltung der Kolonialgesellschaften und Monopole, vollkommen vernachlässigt hat. Ein Staatssekretär, dem bei seinem Amtsantritt von allen Seiten unter Überwindung mancher Widerstands das denkbar größte Entgegenkommen erwiesen wurde, wie es beim Staatssekretär Dernburg tatsächlich der Fall war, hätte nach von Francois' Ansichtung vor allem die Kolonialgesellschaften und Monopole, die die Kolonialentwicklung ihren selbsttätigen Zwecken gemäß und sich durch die „Erwerbung ungeheurer Renditen“ strecken wie der besten Diamantfelder unerträgliches Sonderprivilegien zu verschaffen gewußt hätten. Statt dessen hat Staatssekretär Dernburg zunächst einmal 2½ Jahre in der Boden- und Monopollfrage gar nichts getan; dann aber, als durch die Diamantfrage die Frage der privaten Monopole in der Kolonialverwaltung in den Vordergrund der Erörterung getreten war, hat er bekanntlich sich ebenso zum Verteidiger der „mohlermorbenen“ Rechte der Kolonialgesellschaften aufgeworfen, wie unter ihm auch neue Kolonialmonopole — wir erinnern nur an die Liebig-Gesellschaft — zum Nachteil der eigentlichen Besiedelung des Landes in großer Zahl vergeben worden sind. Dennoch hält Major von Francois die Befestigung dieser „Rechte“, deren Ursprung nach ihm einerseits — bei den bewilligenden Gesellschaften — brutaler Gabelier, andererseits — bei den bewilligenden Beamten — in Unüberlegtheit und mangelndem Verantwortungsbewußtsein zu suchen war, nicht nur für notwendig, sondern trotz Herrn Dernburg auch sehr wohl für möglich. Die erste Bedingung zur Verbesserung einer solchen Aenderung sei, daß das Kolonialvermögen des deutschen Volkes der Willkür der jeweiligen Kolonialstaatssekretäre entzogen werde, d. h. daß keine Monopolrechte an Land und Mineralien ohne Zustimmung des Landesparlamentes, des Gouverneurs, des Bundesrates und Reichstages erfolgen dürfen — eine Forderung, die bekanntlich schon im letzten Reichstag gestellt, gerade vom Herrn Staatssekretär Dernburg aber aufs heftigste bekämpft wurde. Auch die Abneigung des früheren Kolonialstaatssekretärs gegen die staatliche Empfehlung und Förderung der Besiedelung in den Kolonien gehört nach Landeshaupmann v. Francois zu den Punkten, in denen Staatssekretär Dernburg seine Aufgabe nicht erkannt hatte. ... So wenig wie auf diesem Gebiet ist aber unter der Dernburgschen Verwaltung das

Verwaltungs-system der Kolonien verbessert worden. Bei diesen und bei manchen anderen Punkten hat der Kaufmännische Geist, der mit Herrn Dernburg wirklich erhalten hat, sich nicht als geeignete Grundlage für eine wirklich gesunde, ausschließlich auf das Wohl der Kolonie selbst und des deutschen Reiches gerichtete Verwaltung erwiesen. „Hoffen wir“, so schreibt Francis, „daß der Nachfolger Dernburgs die Wirtschaft weiter befestigt, die unserem Kolonialbau anhaften, damit die Bausteine, die wir ihm zufügen, nicht das Schicksal aller bisherigen teilen und in den Sumpf des mit Land-, Mineral-, Berg- und sonstigen Monopolen spekulierenden Großkapitals versinken. Die Kolonien werden sich nur dann nutzbringend für das deutsche Reich erweisen, und ihre Selbstverwaltung sich bald verwirklichen, wenn gesunde Grund- und Bodenbesitzverhältnisse wiederhergestellt sind, die Land- und Bergengesellschaften wie alle Monopole beseitigt, der staatliche Betrieb für alle dem öffentlichen Verkehr und der Wirtschaft dienenden Einrichtungen eingeführt und das Verwaltungs-Sicherheits-system den Landesverhältnissen angepaßt wird.“

Ausland.

Österreich-Ungarn.
* **Meisterteuerung.** Das Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Ackerbau-Ministerium beschlossen, eine Kommission zum Studium der Frage der Einfuhr argentini-schen Fleisches zu ernennen. Diese Kommission wird mit der nächsten Schiffsgelegenheit die Fahrt nach Argentinien antreten.
* **Die englische Sondergesandtschaft.** Der Minister des Auswärtigen, Graf Brestel, gab heute zu Ehren Lord Rosebery ein Diner, an dem die Mitglieder der englischen Sondergesandtschaft, der englische Botschafter und mehrere Würdenträger teilnahmen.
* **Die tschechischen Einigungsverhandlungen.** Der Vorstand der tschechischen Landtagsabgeordneten hielt heute eine Sitzung ab, in der über die Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Bericht erstattet wurde. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Die Vertreter der tschechischen Partei erklärten, daß sie ihrer Partei empfehlen werden, zu den Verständigungs-konferenzen ihre Vertreter zu entsenden.

Italien.

* **Die Heiratsgerichte über den Herzog von Abruzzen.** Italienische und ausländische Blätter haben dieser Tage wiederum die Nachricht von der bevorstehenden Verheiratung des Herzogs von Abruzzen veröffentlicht und Kommentare aller Art daran geknüpft. Die „Agenzia Stefania“ ist in der Sache, aufs nachdrücklichste zu versichern, daß diese Gerüchte und die Kommentare vollständig unbegründet sind.

Frankreich.

* **Die französischen Finanzen.** Der Finanzminister ist in der Budgetkommission die Bewilligung von 45 Millionen Francs beantragt, die zur Durchführung des Arbeitererwerbsgesetzes für die Hälfte des Jahres 1911 notwendig sind. Die beantragte Summe soll durch eine neue Abkürzung der Gehaltssteuer für den Fall, daß nur ein Kind vorhanden ist, und durch Erhebung des letzten Quittungsspiels durch einen Progressiv-Steuer aufgebracht werden.

Belgien.

* **Die internationale Seerechtskonferenz.** Die internationale diplomatische Seerechtskonferenz ist heute in Brüssel zwecks Regelung gewisser Fragen der Schiffsjurisdiktion zusammengetreten. Der belgische Gesandter Graf von Schwarzenberg selbst gab zu Ehren der belgischen Delegierten in der Gesandtschaft ein Diner.

Türkei.

* **Mehelejen in Bagdad.** Wegen Ermordung von Bananen-Familien bei Nowitscha durch Bulgaren herrscht unter den Mohandemern große Erregung. Es wurde die Verfolgung der Bulgaren aufgenommen. Mehrer Notizschana und Umgebung wurde der Belagerungs-zustand verhängt.

England.

* **Der König und die Beziehungen zu Deutschland.** König Georg übermittelte durch seinen Privatsekretär dem deutschen Konsul ein Telegramm, worin ausgedrückt wird, daß ihm das vom Konsul zu Ehren des Königs „Gerida“ veranstaltete Festmahl gefreut habe. Insbesondere hätten ihm die begeisterten Trinksprüche auf den Kaiser und ihn große Freude bereitet.

Baden.

Karlsruhe, 13. September 1910.
Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gerufen, dem Amtsgerichtsdiener Emil Herzog in Gengen die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.
Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Kammerjunker Freiherrn Hermann v. Hornstein-Binnigen, Regierungsrat im Reichs-Verordnungsamt in Berlin, zum Kammerherren zu ernennen und dem Geometer Hugo Wolf unter Verleihung des Titels Hofratgeometer die Stelle eines Vermessungsbeamten bei der Forst- und Domänenverwaltung zu übertragen.
Regierung und Sozialdemokratie in Baden.
Wir haben kürzlich einen Artikel mit gleicher Ueberschrift aus der „Kreuzzeitung“ (Nr. 396) zitiert. Mit Bezug auf diesen Artikel schreibt der Verfasser deselben seinem Blatt:
„In dem drittletzten Absatz der Spalte hat sich ein Versehen eingeschlichen, das ich bedauere. Es war mir entgangen, daß in der Sammlung von Rath der Ausspruch des verstorbenen Großherzogs und der Notwendigkeit einer festen Führung allerdings zu finden ist. Er lautet dort (Ausdrucke an 51. Betragen des 1. Bataillons des 4. Regiments am 5. April 1900):
„Die Ereignisse von 1849 sind nicht allein durch Ungeheuer und Untreue, sondern auch infolge mangelhafter Führung herbeigeführt worden. Ordnung und Gehorsam ist nicht nur da aufrecht erhalten worden, wo eine feste Führung vorhanden ist. Deshalb werde ich mich an Sie, damit sie zu Hause hieran mahnen und vor allem auch die Jugend darauf hinweisen, daß zur strengen Handhabung der Ordnung aller Mut und

alle Energie erforderlich ist.“ (S. Rath S. 108 unter Herzog und Marine, nicht unter „Linsfurt“).
Diesem Ausspruch sei gleich noch ein anderer ange-reicht, der aus der letzten Zeit der Regierung herrührt. Die „Karlsruher Zeitung“ berichtete über eine vom Großherzog an seinem Geburtstag, 9. September 1904, gehaltenen Ansprache, in der er im Hinblick auf das neu eingeführte direkte Wahlrecht betonte:
„Es geht gegen die umfassen den Tendenzen fest zusammenhängen und zu bekämpfen, daß die staats-erhaltend geistige Bürger ohne Rücksicht auf das Partei-interesse das Ziel fest im Auge behalten und nur Ver-treter wählen, welche unbedingt die Grund-sätze des Staates aufrecht erhalten wollen. Das ist eine Pflicht, die nur dann richtig erkannt werden könne, wenn man den Eid als eine nach oben gerichtete Pflicht aufzufasse.“
Eines der markantesten Worte des einschlafenen Fürsten! und zwar namentlich deshalb, weil es aus seiner letzten Lebenszeit stammt, also gewissermaßen das Fazit seiner im Laufe eines halben Jahrhunderts durch reiche Er-fahrung erworbenen Regentenweisheit darstellt. Wie herausfordernd scharf und scharf erklart ihm gegenüber der Ruf der Sozialdemokratie! Nichts, gar nichts hat die Monarchie zu gewinnen, sie muß sich biegen vor der Sozialdemokratie! Jetzt können wir den Großherzog noch nicht „abschaffen“, wir müssen erst die Macht er-zwingen, die werden wir auf dem eingeschlagenen Wege rascher erreichen (!), behaupten diese „Taktik“.“

Der Genosse Koll

hebt in einem Aufsatz in den „Sozialistischen Monatsheften“ über das Problem der Taktik mit noch rücksichtsloserer Schärfe ohne alle gatte Schonung für die Empfindungen eines Staats- und einer Waja Luxemburg herpor, daß mit einer Radikalfur, wie der Parteitag sie durch einen Ausschluß der Boden Genossen ja vornehmen könne, in der Sache selbst gar nichts erreicht wäre.
Die Revisionisten kann man ausschließen, den Revisionismus nicht. Die Budgetfrage ist nicht der Fall, sondern nur eine verhältnismäßig sekundäre Begleit-erscheinung der tieferliegenden Verhältnisse in der Auffassung über den Weg und die Mittel zur Eroberung der politischen Macht. ... Zu wech fowischen und ab-surd den Konsequenzen der latenten Widersprüche zwischen dem Festhalten an der Zusammenbruchstheorie auf der einen und einer reformistischen Praxis auf der anderen Seite führt, das zeigt der Konflikt, der neuerdings zwi-schen den Vorhänften des Marxismus ausgebrochen ist, die sich gegenseitig inoffiziell vorwerfen und sich lächerlich zu machen, ohne zu merken, daß diese Aus-säherung der völligen Verwerfung der sozial-revolutionären Taktik offenbart. ... Der Wirklichkeit fällt die revolutionäre Praxislogik nicht hand. ... Die Zusammenbruchstheorie führt auf sehr ungelungenen Füßen. Die Taktiken der bisherigen Erklärungen sprechen gegen die Annahme, daß die Klassengegensätze sich schablonen-haft verhalten und zu spüren werden, und noch deutlicher lehrt die bisherige Erfahrung, daß die Gefahr der poli-tischen Konflikte nicht zu, sondern abnimmt. Die Zu-sammenbruchstheorie steht auch im permanenten Gegen-satz zur Tätigkeit der Gewerkschaften und der Genossen-schaften. Es ist daher kein Zufall, daß die Quasimarxisten mit den Gewerkschaften immer wieder in Konflikt kom-men. ... Und daher der Widerspruch, an dem unsere ganze Taktik, unser ganzes Verhalten auf dem Gebiete der parlamentarischen Aktion krankt. Die Partei ist de facto zwischen zwei Stühlen. Daraus allein erklärt sich der große Gegensatz zwischen unserer gegenwärtigen und unserer realen politischen Macht. Die größte poli-tische Partei ist politisch ohnmächtig. Es ist durchaus kein Witz, wenn der kurzen ein hohes linksliberales Blatt schrieb, viele Führer der Sozialdemokratie beteten täglich im stillen Märgelstein: „Herr, Herr, bewahre uns vor der parlamentarischen Majorität!“ In der Tat, was sollten wir damit anfangen, so lange die Zusammen-bruchstheorie die Wäpfe und Sinne verwirren kann. ... Klassenkampf, Klassenkampf und immer wieder Klassen-kampf! Mit diesem Schlagwort glaubt man alle Gründe der Vernunft und der Logik totzuschlagen zu können. ... Die Scherinnader der äußerlichen Reden und die der äußerlichen Taten stehen an einem und demselben Strang. ... Der Radikalismus wird auch in Baden-burg wieder die Mehrheit haben, sonst freilich gar er nicht mehr. Wer nicht blind ist, sieht, daß der Radikalismus auf inneren Füßen steht. ... Das Problem der Taktik wird gelöst werden, wenn die Partei nicht die Feste be-zahlen soll, wird der Radikalismus es tun müssen.“
Wie lange ist's her, daß derselbe Abg. Koll im Landtag gegenüber dem Abg. Knebel den Klassen-kampf verteidigte und glaubte, mit diesem Schlag-wort alle Gründe der Vernunft und Logik tot-zuschlagen zu können? Wenn jetzt Koll noch nicht bald „flügge“ ist, soll es uns wundernehmen! Wir glauben übrigens nicht im geringsten, daß der Waddeburger Parteitag eine Verringerung der Taktik bringen wird. Nachher wird der „Volksfreund“ ja auch wieder diese Taktik je nach Gelegenheit, wie es trifft, mitmachen!

Arbeiterzeitung.

Paris, 12. Sept. Der Ausbruch der Dachecker, Gas- und Wasserleitungs-monture, der seit sechs Wochen andauert und unmaßhäßige arge Ausdehnungen der Streikenden gegen die Arbeitswilligen zur Folge hatte, ist beendet. Der Streikausbruch erklärte in einer gestern einberufenen Versammlung, daß alle Hilfsmittel erledigt seien, worauf die Ausständigen befohlen, die Arbeit heute unter den früheren Bedingungen wieder aufzunehmen.

Kleine badische Chronik.

* **Karlsruhe, 12. Sept.** Dem Verein „Soldatenheim“ in Milhausen (Elsas) wurde der Betrieb von 20000 Rosen seiner Gledolterier im Großherzogtum Baden ge-stattet. Das Vos löst 1. März.
* **Karlsruhe, 12. Sept.** Das Stationsamt III umgeändert.
* **Mannheim, 12. Sept.** Die 4. Katholiken-ver-sammlung für die badische Palz findet hier am 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Nibelungenaal des Hofgartens in Mannheim statt. Es werden sprechen Reichsanwalt Graf v. Pöhlitz, Loggia-Münzberg über die Freiendebewegung und Unberuflichkeit, professor Dr. Fr. Tillmanns-Vonn über die Gottheit Christi und die moderne Jesusforschung.
* **Mannheim, 12. Sept.** Gesch. Kommerzienrat Reih hat lt. „Gen. Anz.“ dem Präsidium des Bad. Militärvereins-verbandes 5000 M. angunsten bedürftiger Veteranen überwiehen. — In Seddenheim sprach sich eine Bürger-versammlung gegen die Lokstraffung von Rhein aus.
* **Aus dem Kraichgau, 13. Sept.** Die soziale Ferien-vereinigung Bruchal und Umgebung beschäftigt am nächsten Donnerstag die Groß- und Kleingewerbe der Wiesloch, nachmittags halb 3 Uhr; Treffpunkt vor dem Hauptgebäude. Nachher Zusammenkunft im „Fähringer Hof“ mit Vortrag und Diskussion. Alle Interessenten, namentlich die Herren Akademiker und Abiturienten der Nachbarvereinigungen sind freundlichst eingeladen.

Wahlertal, 12. Sept. Gestern hatte die Winger-vereinigung Wählertal ordentliche Generalversamm-lung über das abgelaufene Vereinsjahr — 1. September 1909 bis 31. August 1910. In seinem Rückblick über das abgelaufene Vereinsjahr konnte der Vorsitzende des Aus-schusses Herr Seher sehr Erfreuliches berichten. Das Jahr 1909/10 war das beste sowohl was den Wein als die finanzielle Lage betrifft. Der Verein hat im ver-lasteten Jahre 60 073 Liter abgesetzt. Obwohl die eigent-liche Bilanz erst der nächsten Generalversammlung vorgelegt wird, konnte der Vorsitzende berichten, daß nach genauer Aufstellung des Geschäftsjahres ein Reingewinn von über 6000 M. erzielt wurde. Die Genossenschaft hat diesen Erfolg erzielt, weil sie nur schrittweise das Ziel einer Ge-nossenschaft verfolgte. Wie kürzlich beim Naturwein-verein so wurde auch bei dieser Generalversamm-lung festgestellt, daß das neue Weingelck sehr gute Erfolge für den Naturwein hatte, wie der Verein ihn nur in den Handel bringt. Der Leiter der Generalversamm-lung konnte auch konstatieren, daß der Weinhandel rege Beziehungen zur Wingervereinigung hatte, was früher nicht der Fall war, und daß der Weinhandel sich über die Weine nur betriebig ausprechen konnte. Die Vereinigung hat sich auch an der Weinausstellung in Hamburg beteiligt. Auf Anregung der Bad. Landwirtschaftskammer hat der Verein auch die Weinausstellung in Brüssel besucht, ein Beweis, daß die Landwirtschaftskammer den Wein für gut be-funden hat.
* **Wahlertal, 12. Sept.** In der Nähe der Stadt fuhr ein Automobil infolge eines Reifens gegen einen Baum. Die Insassen, Hofverwalter Hermann aus Darmstadt Direktor Fritz Plant aus München und Herr Strecker aus Wolsch, wurden herausgeschleudert. Der Chauffeur er-litt einen doppelten Beinbruch, während die Fahrgäste mit geringeren Verletzungen davonkamen.
* **Wahlertal, 12. Sept.** Das Nebenzollamt 1. Klasse in Leopoldshöhe im Hauptfeueramtsbezirk Rörach wird mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. an in ein Nebenzollamt 2. Klasse umgewandelt.
* **Wahlertal, 12. Sept.** Die Tochter des Metzgermeisters Widmer von Hagen ist beim Baden in der Neiß ertrunken.

Postagierfahrten des A. S. 6.
* **Waden-Doz, 12. Sept.** L. J. G. unternahm gestern und heute vier Postagierfahrten, die jeweils nach Karls-ruhe führten. — Ein ungenannter Karlsruher Geber hat zu Gunsten des Luftschiffpersonals 700 Mark gespendet. — Für die nächsten Freitag stattfindende Frank-furter Fahrt hat Baron Goldschmidt-Roth-schild die Kabine für sich und seine Freunde gemietet.
* **Waden-Doz, 12. Sept.** L. J. G. ist von der Karlsruher Fahrt gegen halb 2 Uhr zurückgekehrt und gelandet. Um halb 6 Uhr erfolgte abermals ein Auf-flug.

Aus den Nachbarländern.

* **Waden-Doz, 12. Sept.** Der hiesigen Postzeitung ist es gestern morgen gelungen, in einem hiesigen Gasthose einen Postier aus Wien festzunehmen, der seinem Herrn 12000 Kronen veruntreut hatte und damit flüchtig ge-gangen war. Von dem Gelde wurden noch 10000 Kronen gefunden. Auf die Ergreifung des Flüchtlings waren 300 Kronen Belohnung ausgekehrt worden.

Lokales.

Karlsruhe, 13. September 1910.
* **Zur Silberhochzeit des Großherzogs.** Wie der „Schwab. Merk.“ hört, begibt sich das Königspaar von Württemberg am 19. Sept. nachmittags nach Karlsruhe, um dort an dem Fest der silbernen Hochzeit des Großherzogs teilzunehmen.
* **Aus dem Pöppel-Luftschiff,** das jetzt, nachdem ihm die „Lore“ Straßburgs verschiffen sind, in der badi-schen Weiden ein fast täglich gefeherer Gast ist, kamen gestern nachmittags wie üblich einige Postpostenungen herabgeschossen. Eine derselben fiel auf das Dach der Werrhardskirche, von wo sie Herr Mosner Ma-her herunterholte. Es war ein Pergament-Umschlag, an welchem drei lange roteise Bänder befestigt waren. Den Inhalt bildeten 12 Anstiftungskarten, nach Karls-ruhe und Köln adressiert, die Herr Mosner der auf den Umschlag gedruckten Meinung gemäß der Post übergab. Als Gläubiger waren 60 Pfg. in Briefmarken beigefügt. Der gläubige Finder hatte Mühe, die Luftpostsendung durch die zahlreihe Menschenmenge, die sich bei der Ver-nachlässigung angesammelt hatte und wovon jedes gern ein „Andenken“ gehabt hätte, ungehindert hindurchzubringen. Auch auf das Dach des St. Annahauses war in den letzten Tagen eine Postsendung, der der Höhe herabgefallen, die gleichfalls zu ihrer Weiterbeförderung der Post über-gaben wurde.

Vermischte Nachrichten.

Wassagier-Fahrten von B. L. 1.
Bitterfeld, 12. Sept. Das Luftschiff B. L. 1 machte heute nachmittags um 5.30 Uhr und 6.30 Uhr mit vier Passa-gieren zwei Fahrten von je halbstündiger Dauer unter Führung des Hauptmanns Dinglinger. Am ersten Aufstieg nahm Hauptmann von Krogh, Beirat für Luftschifftechnik der Siemens-Schuckert Werke teil.
Eisenbahnunglück.
Essen a. d. Ruhr, 12. Sept. Heute Vormittag 7 1/2 Uhr lief ein Güterzug auf dem Bahnhofs Geissen infolge falscher Weichenstellung auf das in den Treibwagen schuppen führende Gleis. Ein Treibwagen wurde durch die Weichenwand des Schuppens gedrückt, stürzte die Straßenbahnunglück hinab und kam auf die unten vorbeiführende Straße zu liegen, die er vollständig verperrte, Schwerverletzt und seinen Verletzungen erliegen ist ein Wagenführer, leicht verletzt ein Wagenwärter, die beide in dem Wagen befangen waren.
Feliche Familienzwiste.
Berlin, 12. Sept. Gestern nachmittags wurde ein ver-hältnismäßig junges Ehepaar infolge Gabevergiftung tot aufgefunden. Zwischen beiden hatten Ehelichkeiten statt-gefunden. Während der Mann schlief, drehte die Frau im Schlafzimmer den Gashahn auf, machte Lirre und Fenster zu und legte sich dann selbst schlafen.
* **Carpel, 12. Sept.** Der Adokat Cremigario geriet mit seiner 54jährigen Schwiegermutter in Streit. Er streifte die Frau durch zwei Revolverkugeln zu Boden und schoß sich dann selbst eine Kugel in die Brust. Die Frau des Advokaten, welche der Szene beizuwohnt, fiel vor Entsetzen in Ohnmacht.
Schadshwindel.
München, 12. Sept. In einem hiesigen Hotel wurde einem Juwelier aus Frankfurt a. M. durch 2 Betrüger mittels gefälschten Scheins Briefumschlag im Werte von 182 000 Mark abgeholschelt.
Hochstaplerpaar verhaftet.
Berlin, 12. Sept. Nachdem der Berliner Kriminal-polizei gelungen ist, zu ermitteln, daß der Schwindler Josef Margolin sich über Holland nach Petersburg gewandt hatte, erfolgte gestern dort seine und seiner Gattin Fried-lich Verhaftung. Er wohnte mit ihr unter falschem Namen im Hotel Europa. Das Auslieferungsverfahren ist be-tragt worden.
Im Mandor niedergeworfen.
Berlin, 12. Sept. Im Gelände der pommerischen Di-visionskammer bei Golowno geriet ein Poltschüler unter die Pferde attackierender Mlanen. Derselbe wurde schwer verletzt und starb nach kurzer Zeit.

Ein „schwerer“ Junge.

Berlin, 12. Sept. Das Jugendgericht Berlin-Mitte verurteilte heute den 16jährigen Hünargezogling Adolf Conrad, der in der Nähe des Volksparkes in der Dorotheenstraße sein Unwesen trieb und zahlreich jungen Burtschen in raffi-nierter Weise Geld abnahm, in einem Jahr Gefängnis. Bente von 5 800 Mark machte, zu einem Jahr Gefängnis.

Automobilunfall.

Bremen, 12. Sept. Gestern abend 7 Uhr fuhr auf der Schwachhauser Chaussee ein Automobil unter einer Anzahl spielender Kinder. Ein 9jähriger Knabe wurde schwer ver-letzt und starb in der Nacht. Der Chauffeur wurde heute morgen verhaftet.

Sechsmannfall.

Gelsenkirchen, 12. Sept. Durch Abreißen einer Dampfleitung im Kesselhaus der Zeche Konsolidation ist ein Maschinenist getötet worden, während zwei andere Maschinenisten schwere Verletzungen erlitten.

Cholera.

Budapest, 12. Sept. Nach einer Zusammenstellung der hier eingelaufenen Choleraanmeldungen ist von 22 in den verfloffenen 14 Tagen im ganzen Lande vorgekom-menen choleraverdächtigen Fällen durch die bakteriologische Untersuchung in 11 Fällen Cholera festgestellt worden. Obwohl in den letzten Tagen ein bis zwei choleraverdäch-tige Erkrankungen angemeldet wurden, ist mit Sicherheit kein Cholerafall konstatiert worden. In einem dieser Fälle ist eine Besserung eingetreten.
* **Budapest, 12. Sept.** Nach Meldungen, die dem Ministerium des Innern zugegangen sind, hat die bakteriologische Untersuchung drei tödlich ausgegangene Fälle an atypischer Cholera festgestellt.
* **Budapest, 12. Sept.** Ueber Cholerafälle im Baranagar Komitat wird dem Ung. Zel.-V. aus Rahacs gemeldet: Ein Mühlenarbeiter ist unter choleraverdächtigen Symptomen gestorben. Es ist noch nicht festgestellt, ob Cholera vorliegt. In einem benach-barten Dorfe erkrankte ein Ziegelarbeiter unter cholera-ähnlichen Erscheinungen. Bei den letzten 22 bakteriolo-gischen Untersuchungen wurden 8 Fälle von Cholera asiatica konstatiert, die in verschiedenen Ortschaften des Landes auftraten. Authentische Nachrichten über den Ge-sundheitszustand im Baranagar Komitat wird das Mini-sterium des Innern noch im Laufe des heutigen Tages veröffentlichen. — Nach weiteren authentischen Meldungen sind in Mohacs bisher 2 Fälle von Cholera asiatica fest-gestellt worden, zwischen denen kein Zusammenhang besteht. Seit dem zweiten Fall ist bisher mehr als eine Woche verstrichen, ohne daß ein neuer Fall zu verzeich-nen war.

Zum 80. Geburtstag der M. von Ebner-Eschenbach.

Wien, 12. Sept. Das Unterrichtsministerium richtete an die Schriftstellerin Maria von Ebner-Eschenbach anlässlich ihres 80. Geburtstages ein Glückwunschschreiben, worin es diesen Tag als einen ganz besonderen Festtag für die deutsche Literatur und für das österreichische Vaterland bezeichnet. In ihren Dichtungen habe die Schriftstellerin, wie in allem, was sie der Welt mitteilte, stets nur echte Menschliche und gütige Weisheit schlicht und zwingend ausgeprochen. Marie von Ebner-Eschenbach sei zur Wohl-täterin der Menschheit geworden.
Josef Rainz.
Wien, 12. Sept. Gestern erwauchte Rainz nach einer durch Schmerzen geföhrten Nacht in guter Stimmung. Nach Tisch stellten sich wiederum heftige Schmerzen ein. Rainz kämpft sich fortgesetzt gegen Morphiumein-spritzungen. Es wird ihm Veronal eingegeben.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Dresden, 12. Sept. Der Ministerialdirektor im Finanzministerium Geheimrat v. Schydewitz, ist als Finanzminister in Aussicht genommen.
Denkmal für den letzten Herzog von Nassau.
Rhinigstein (Saunus), 12. Sept. Heute mittag ist das Denkmal des letzten Herzogs von Nassau, Groß-herzog Adolf von Luxemburg, das nach dem Entwurf von Prof. Gberlein ausgeführt ist, entkült worden.
Keine serbische Anleihe.
Belgrad, 12. Sept. Das Regierungsgesamt „Samouprava“ erklärt die Meldung der „Wjedwoski“, wonach die Aufnahme von neuen Staatsanleihen bevorzucht, für unbegründet.
Von der türkisch-griechischen Grenze.
Athen, 12. Sept. Die von Saloniki aus verbreitete Nachricht über Verstärkungen der griechischen Truppen an der Grenze ist unbegründet. Im Gegenteil wird gemeldet, daß die türkischen Truppen, die sich in Mo-banien befanden und jüngst in Monastir zusammengezogen wurden, heimlich an die griechische Grenze geschickt worden sind. Man weiß auch nichts von Zusammenstößen, die zwischen türkischen Truppen und griechischen Banden an der Grenze stattgefunden haben sollen. Es besteht keine griechische Bande und man beschäftigt nicht, in benach-bartes Land einzudringen.

Die Verhandlungen zwischen Marokko und Spanien.

Tanger, 12. Sept. Infolge der andauernden Ver-zögerung der Verhandlungen mit Madrid hat sich der Sultan entschlossen, El Mokri mit Vollmacht nach Madrid zu entsenden.
Das Ende der Wirren in Nicaragua.
Washington, 12. Sept. Der Geschäftsträger von Nicaragua hat dem Staatsdepartement den Plan zur Errichtung einer gefestigten Regierung in Nicaragua zur Begünstigung vorgelegt. Darin wird auch ein Ab-kommen zur Regelung aller amerikanischen Ansprüche vorgeschlagen.
Der Kampf gegen das Opium.
Peking, 12. Sept. Die geplante Opiumkonferenz im Haag ist um ein Jahr verschoben worden.

Karlsruher Staudesbuch-Auszüge.

Todesfälle: 11. Sept. Wilhelm Hoffmann, Dr. med., prakt. Arzt, Ehemann, alt 50 Jahre. — Luise Wintermantel, alt 82 Jahre, Witwe des Josef Wintermantel, Postkassierer. Albert Breisch, Hallenmeister, Ehemann, alt 56 Jahre.

Aktuelle Bilder.

An der Straßenseite der Geschäftsstelle des „Badischen Beobachters“, Adler-strasse 42, wurde ein Aushängekasten angebracht, in welchem jeweils die neuesten Gebehnisse aus aller Welt in guten photographischen Aufnahmen zur An-sicht ausghängt werden. Zweimal wöchentlich findet ein Wechsel der Bilder statt in der Weise, daß jeweils in der Regel drei der bisherigen Bilder durch neue ersetzt werden.
Zurzeit enthält der Rahmen folgende Bilder:
„Zur Ankunft Lord Roberts in Berlin.“
„Nachfahrnde Kadetten der österreichischen Armee bei Schiffsühungen.“
„Ein Bismarckstein in Bismard.“
„Das höchste Haus der Welt.“
„Ein neues englisches Unterseeboot.“
„Das hundertjährige Jubiläum der Stadt Ulm.“

